

Italien

Roman Maruhn

Italien hat gewählt und in einem äußerst knappen Wahlausgang entschieden sich die italienischen Bürger gegen eine Fortsetzung der Mitte-Rechts-Koalition unter Silvio Berlusconi. Der neue Ministerpräsident Romano Prodi korrigierte bereits in den ersten Monaten seiner Amtszeit den europakritischen Kurs der Vorgängerregierung und passte die Europapolitik Italiens auch in der Tagespolitik wieder der konstruktiven und integrationsfreundlichen Tradition des Landes an. Eine direkte Folge für das transatlantische Verhältnis ist, dass Rom die „Koalition der Willigen“ mit dem Abzug seiner Truppen aus dem Irak verlässt und in der internationalen Politik sich wieder Deutschland und Frankreich annähert. Italien ist auf die europapolitische Bühne zurückgekehrt.

Italien 2006 – Eine Bestandsaufnahme

Fünf Jahre lang konnte die Regierung Berlusconi ihre inneren Konflikte verstecken, aber in den Monaten vor den Wahlen am 9. und 10. April 2006 wurde das Ergebnis eines für das Land schädlichen Interessenausgleichs sichtbar: Italien befindet sich in einer mittlerweile relativ lang anhaltenden umfassenden Wirtschaftskrise. Die Infrastruktur des Landes ist veraltet, Italien profitiert scheinbar weder von der EU-Osterweiterung noch von der Globalisierung, sondern leidet eher unter beiden Prozessen. Bedeutende Wirtschaftsbereiche sind protektionistisch reguliert und schließlich scheint das Erfolgsrezept des italienischen Wirtschaftswunders – die kleinen Familienunternehmen und deren klassische Produktpalette – nicht mehr dem Weltmarkt gerecht zu sein. Zudem ist der italienische Staat mit steigender Tendenz hoch verschuldet. Das große politische Kapital der Regierung Berlusconi – starke Mehrheiten in der Abgeordnetenkammer und im Senat – wurde für Klientelpolitik verspielt und Steuermittel wurden für Wahlversprechen und -geschenke verschwendet. Hauptprofiteur dieser Politik war aber der Regierungschef selbst.

Seit seinem Amtsantritt gelang es Berlusconi nicht mehr, eine Wahl in Italien auf kommunaler oder regionaler Ebene deutlich zu gewinnen – ein traditionelles Alarmzeichen in der italienischen Politik. Im Wahlkampf distanzieren sich maßgebliche Gesellschaftsgruppen vom Ministerpräsidenten: Die eher konservative Tageszeitung *Corriere della Sera* empfahl die Wahl des Mitte-Links-Bündnisses *Unione*, der Industriellenverband *Confindustria* kritisierte ungewohnt offen die Wirtschaftspolitik der Regierung und selbst der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützte Prodi. Schon seit Jahren hatte sich die kulturelle und intellektuelle Elite Italiens gegen die Regierung gewandt. Grundfragen der Demokratie und der Kampf um das, was von der politischen Kultur nach der Ersten Republik übrig geblieben war, dominierten nicht nur den Elitendiskurs, sondern fanden Eingang in das italienische Alltagsgespräch.¹ Das Grundproblem spiegelte sich immer wieder in der Frage, wie es möglich sein kann, dass ein Regierungschef die politischen, juristischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eines Staates seinen privaten Bedürfnissen anpasst.

1 Siehe dazu auch das Interview mit Romano Prodi: „Dieses Land ist versklavt worden“, *Die Zeit*, 08.06.2006.

Das Wort von der „Regierung der Affären“ im „Land der Skandale“² beschreibt treffend die gesellschaftliche Momentaufnahme Italiens zum Jahresanfang 2006.

Wahlkampf zwischen Taktik und Demagogie

Staatspräsident Carlo Azeglio Ciampi löste am 11. Februar 2006 das Parlament auf. Mit diesem Schritt begann der Wahlkampf offiziell, auch wenn Personal-, Bündnis- und Programmdiskussionen in beiden politischen Lagern schon seit dem Spätsommer 2005 in vollem Gang waren. Erwartungsgemäß wurde Romano Prodi am 16. Oktober 2005 in den ersten nationalen Vorwahlen Italiens von den Anhängern des Mitte-Links-Lagers zum Spitzenkandidaten für die Parlamentswahlen gewählt. Besondere Schlagkraft erhielt die Abstimmung dadurch, dass statt der erwarteten eine Million sich insgesamt 4,3 Millionen Italiener beteiligten und Prodi auch überraschend deutlich 74,6 Prozent der Stimmen erreichte, obwohl unter anderen Prominenten der Koalition Unione auch der populäre Parteivorsitzende der Rifondazione Comunista (RC) Fausto Bertinotti kandidierte. Diese Vorwahlen stellen – neben der Gegnerschaft zu Berlusconi – die wichtigste Einzelmaßnahme bei der Mobilisierung ihrer Wählerschaft im gesamten Wahlkampf von Unione dar.

Im Wahlkampf identifizierte Prodi die wirtschaftliche Situation Italiens als Schwachpunkt der Regierung Berlusconi. Mit der schlichten – und nicht ganz neuen – Frage „Geht es Ihnen heute besser als vor fünf Jahren?“, den Slogans „L’Italia riparte – Italien startet wieder“ und „La serietà al governo – Die Ernsthaftigkeit an die Macht“ eignete er sich sehr schnell mehr Autorität als der amtierende Ministerpräsident an. Obwohl Berlusconi im Wahlkampfsprint versuchte mit einer Angstkampagne – Unterstellung von Wahlbetrug gegenüber dem politischen Gegner, Anprangerung angeblicher gewalttätiger Übergriffe auf seine Partei durch die Opposition, Beschwörung einer Kommunismusgefahr für das Land – und umfangreichen Steuerkürzungen, die aber auf Grund fehlender Gegenfinanzierung wenig glaubwürdig waren, die Wähler für sich zu gewinnen, verbesserte sich das Meinungsbild für ihn in den Umfragen nicht mehr. Prodi vollzog in diesem Moment einen Wechsel von der Ernsthaftigkeit dazu hin, den Italienern Zuversicht und Optimismus zu vermitteln: In seinen Statements fielen vermehrt „felicità“ (Glücklichkeit) und „serenità“ (Heiterkeit). Als Grund dafür lässt sich identifizieren, dass Prodi keine den Bürgern direkt zu Gute kommenden Wahlversprechen machen konnte, sondern eher genau das Gegenteil ankündigte: Einsparungen zur Haushaltssanierung und finanzielle Einschnitte zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Wirtschaft sind absolute Notwendigkeit, wenn Italien einerseits im europäischen und globalen Wettbewerb bestehen will und andererseits nicht noch weiter mit europäischem Recht³ in Konflikt geraten will.

Erneuerung der politischen Institutionen

Nach einem äußerst polarisiertem und ungewöhnlich scharfem Wahlkampf wurde am 9. und 10. April 2006 über die Zusammensetzung der beiden Kammern des italienischen Parlaments – Abgeordnetenhaus mit 630 und Senat mit 315 gewählten Abgeordneten und sieben Senatoren auf Lebenszeit – nach einem von der Regierungsmehrheit erst knapp vier Monate zuvor neu beschlossenen Wahlgesetz abgestimmt. Die Wahlbeteiligung von 83,6 Prozent (2001: 81,4%) belegt – nach Artikel 48 der italienischen Verfassung besteht Wahl-

2 „Schurkenstaat im Herzen Europas“, Financial Times Deutschland, 06.04.2006.

3 Z.B. der Stabilitäts- und Wachstumspakt.

pflicht – die überdurchschnittlich große Mobilisierung der Wählerschaft und machte die Parlamentswahlen noch stärker zur Lagerwahl als den letzten nationalen Urnengang 2001. Dies lässt sich auch daraus ablesen, dass einmal mehr das gesamte im Parlament vertretene Parteienspektrum von den rivalisierenden Parteienbündnissen Casa delle Libertà (CdL: Haus der Freiheiten/„Mitte-Rechts“) und Unione (Union/„Mitte-Links“) absorbiert wurde. Umstritten dabei war besonders, dass Berlusconi's CdL die neofaschistischen Splitterparteien Alternativa Sociale und Fiamma Tricolore – beide Parteien stehen noch wesentlich weiter rechts als die ohnehin schon rechten Koalitionspartner Alleanza Nazionale und Lega Nord – in ihr Wahlbündnis aufnahm. Zwar ist es ein bekanntes und vertrautes Verhaltensmuster, dass die CdL unter ihrem Dach Parteien vereinigt, die zum Teil gegenläufige politische Ziele verfolgen, aber die Aufnahme explizit rechtsextremistischer Parteien in ihrem Bündnis widerlegte den Selbstanspruch einer gemäßigten („moderati“) politischen Kraft. Diese bedenklich breite Bündnispolitik der Rechtskoalition gibt aber auch Auskunft über die vor dem Wahltermin aussichtslose bis verzweifelte politische Stimmungslage für die damalige Regierung und ihren Versuch, um jeden Preis die politische Mehrheit zu erringen und damit weiter die Regierung stellen zu können.

Umso überraschender war der knappe Ausgang der Wahlen am 9. und 10. April: Sah die Prognose direkt nach der Schließung der Wahllokale noch einen großen Vorsprung für Prodis Bündnis, schmolz dieser schnell zusammen und am späten Wahlabend schien Berlusconi doch noch die Wahl für sich entscheiden zu können. In der Nacht vom 10. auf den 11. April stabilisierte sich das Wahlergebnis für die eher als entscheidend betrachtete Abgeordnetenversammlung: Ein Vorsprung von knapp 25.000 bei insgesamt 38 Mio. abgegebenen Stimmen reichte, damit die Opposition die nach dem noch von der Berlusconi-Regierung verabschiedeten Wahlgesetz dem Sieger zufallende „Prämie“ (premio di maggioranza) von 340 Parlamentssitzen erringen konnte.⁴ Am Mittag des 11. Aprils, nach der Auszählung der Stimmen der erstmals bei den Wahlen zugelassenen Auslandsitaliener, errang Prodis Unione dann auch die Mehrheit (158 Mandate gegenüber 156) im Senat, wenn auch zur absoluten Mehrheit noch Stimmen der sieben auf Lebenszeit bestimmten Senatoren nötig waren und weiterhin sind.

Der noch amtierende Ministerpräsident Berlusconi erkannte das Endergebnis der Wahlen erst 19 Tage nach der Wahl an. Das neu gewählte Parlament trat am 28. April 2006 zusammen und die Mitte-Links-Mehrheit wählte Bertinotti (RC) zum Präsidenten der Abgeordnetenversammlung und Franco Marini, ehemaliger Gewerkschaftschef, zum Präsidenten des Senats. Am 17. Mai stellte Prodi seine neue Regierungsmannschaft vor: Bis auf den Vorsitzenden der Democratici di Sinistra (DS), Piero Fassino, sind fast alle Parteiführer der Koalition in die Regierung eingebunden. DS erhielten neun Ministerämter und der zweitgrößte Koalitionspartner Margherita sechs Ministerien. Erfahrene Politiker, darunter auch viele Ex-Minister und die zwei früheren Ministerpräsidenten Massimo D'Alema als Außen- und Giuliano Amato als Innenminister erhielten entsprechend der Stimmverteilung Schlüsselressorts in der neuen Regierung. Die Zusammensetzung des Kabinetts folgte aber nicht nur der Machtlogik des Kompromisses der Parteien, sondern Prodi hatte sich ein eigenes Kontingent an Regierungsposten ausgehandelt: Am prominentesten ist hier der neue Wirtschafts- und Finanzminister Tommaso Padoa-Schioppa, der vorher Mitglied des EZB-Direktoriums war, dessen Ressort auf Grund der schwierigen Haushaltslage Italiens

4 Abgeordnetenversammlung: Unione 49,8 und CdL 49,7% der abgegebenen Stimmen.

bei allen mit Einnahmen und Ausgaben verbundenen politischen Entscheidungen eine hervorgehobene Machtposition hat. Knapp zehn Jahre nach seiner ersten Amtszeit wurde der zweiten Regierung Prodi am 23. Mai 2006 von beiden Kammern des Parlaments das Vertrauen ausgesprochen. Die Parlamentswahlen hatten auch den Weg für die Wahl des italienischen Staatspräsidenten freigemacht, aus der der 81jährige Giorgio Napolitano als Sieger hervorgegangen ist. Napolitano gehörte innerhalb des PCI, der kommunistischen Partei Italiens, dem rechten reformistischen Flügel an und war Exponent der Wandlung des PCI zu einer sozialdemokratischen Partei.

Das knappe Ergebnis der Parlamentswahlen führte dazu, dass die Medien vorübergehend die vom Wahlverlierer CdL vertretene These vom „geteilten Land“ aufnahmen, und Berlusconi versuchte seine Wahlkampfstrategie einer extremen Polarisierung auch nach den Wahlen weiterzuführen. Weitere Voten haben aber die Regierung mehr als bestätigt und die Behauptung widerlegt, dass Italien eine gesplante Nation sei: Die Regionalwahlen in Sizilien – eine Hochburg der konservativen Parteien – bedeuteten bei den Präferenzstimmen der Regionalpräsidentenwahl für den Amtsinhaber Cuffaro mit 53 Prozent der Stimmen gegenüber seiner Herausforderin Rita Borsellino (41,6%) schon fast eine Niederlage. Bei den Kommunal- und Provinzwahlen Ende Mai kam es landesweit zu einem Linksruck: In den großen Städten Turin, Rom und Neapel konnte sich Mitte-Links deutlich behaupten. Dagegen nur knapp konnte CdL Mailand, die Hauptstadt ihres lombardischen Stammlandes, verteidigen. Die am 25. und 26. Juni 2006 zur Abstimmung vorgelegte und von der Berlusconi-Regierung beschlossene Verfassungsänderung – neben Föderalisierung sollte auch das Verhältnis zwischen Parlament, Regierungschef und Staatspräsident geändert werden – wurde mit 61,3% der abgegebenen Stimmen von einer deutlichen Mehrheit der Italiener bei einer für Referenden überraschend großen Beteiligung (53,6%) abgelehnt. Die hohe Mobilisierung lässt sich nicht nur mit der nach den Parlamentswahlen noch anhaltenden Politisierung der Italiener erklären, sondern die Frage der Einheit und inneren Solidarität Italiens wie auch der Wunsch nach der Beibehaltung der Checks and Balances des gegenwärtigen politischen Systems motivierten die Italiener zur Stimmabgabe: Die große Vertrauensstellung des Staatspräsidenten, dessen Befugnisse eingeschränkt worden wären, die Tatsache, dass die Verfassungsänderung nicht im Konsens mit der Opposition, sondern gegen diese verabschiedet wurde und auch die Wahrnehmung, dass eine Aufwertung der Regionen in erster Linie dem Partikularinteresse der Lega Nord gedient hätte, beförderten das Projekt auch im Lichte der neuen politischen Machtverhältnisse in das Archiv der gescheiterten Verfassungsreformen in Italien.

Die Agenda der Regierung Prodi II

Explizit steht die Überprüfung der von der Berlusconi-Regierung verabschiedeten Gesetze und politischen Beschlüsse – ein Teil dieser steht unter dem Verdacht, auf die Person Berlusconis zugeschnitten zu sein – und deren teilweise Aufhebung bzw. Korrektur auf der Agenda der Regierung Prodi II. Die Grundlage für die inhaltliche Arbeit in der Legislaturperiode von 2006 bis 2011 stellt das gemeinsame Wahlprogramm der Koalition *Unione*⁵ dar: Italiens schon chronische Wachstumsschwäche soll durch Wirtschafts- und Arbeitsmarktreformen, aber besonders auch durch eine umfassende Liberalisierung des gesamten italienischen Wirtschaftslebens bekämpft werden. Liberalisierung darf als Schlüsselbegriff der Prodi-Regierung⁶ verstanden

5 „Per il bene dell'Italia. Programma di Governo 2006-2011“, auf: <http://www.ulivo.it/>.

6 Vgl. „Prodis Plan“, *Financial Times Deutschland*, 11.07.2006.

werden: Über den Nachtragshaushalt 2006, der in erster Linie Einsparungen in den einzelnen Ressorts enthält, wurde eine erste umfassende Deregulierung des Dienstleistungssektors beschlossen, die bei Kostenneutralität für den Staatshaushalt Wachstumsimpulse schaffen soll. Noch am 2. August 2006, kurz vor der parlamentarischen Sommerpause, verabschiedete das Parlament einen Gesetzentwurf, der durch die Beschneidung von Standesrechten für Taxifahrer, Apotheker, Rechtsanwälte, Notare, Veterinäre, Banken und Bäcker der durchschnittlichen italienischen Familie knapp 1.000 Euro Kosten im Jahr ersparen soll. Gleichzeitig sollen einerseits schon historische Engpässe im Dienstleistungssektor durch eine Öffnung dieser Branchen und die Stärkung von Wettbewerb beseitigt und andererseits Verbraucherrechte durch die Einführung verbindlicher Standards und Tarife gestärkt werden. Zumindest in der Frage des Wettbewerbs scheint die Mitte-Links-Regierung Prodis deutlich progressiver vorzugehen als ihre Vorgängerregierung. Flankiert werden diese Bemühungen auch durch den neuen Zentralbankchef Mario Draghi: Dieser revidiert – auch unter Druck der Europäischen Kommission – grundlegend die Politik seines Vorgängers und fördert besonders durch die Aufsicht über die Finanzwirtschaft mehr Wettbewerb. Italiens Regierung will ab 2008 wieder das Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts (3%) – der aktuelle Wert liegt bei fast 5% – einhalten, die Staatsschulden von 108% des BIP reduzieren und bis 2011 einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen. Das Wirtschaftswachstum soll wieder den EU-Durchschnitt von 2,2% des BIP erreichen und niedrigere Sozialabgaben sollen die Schaffung von Arbeitsplätzen ermöglichen.

Gesellschaftspolitisch lehnt sich die Regierung Prodi an die Politik des spanischen Ministerpräsidenten Rodriguez Zapatero, aber auch die deutsche Reformpolitik seit der Kanzlerschaft Gerhard Schröders an: So sollen Frauenquoten dazu führen, dass zumindest ein Drittel der Kandidaten bei politischen Wahlen weiblich sind. Ebenso hat sich die Regierung das Ziel gesetzt, zukünftig auf allen Regierungsebenen einen Anteil von 33% von Frauen zu erreichen. Das Staatsbürgerrecht soll durch den Übergang vom *ius sanguinis* zum *ius soli* reformiert werden. 315.000 Einwanderer in Arbeitsverhältnissen sollen eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten und damit in ihrem Status legalisiert werden. Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit soll forciert werden. Bereits in der Umsetzung befindet sich eine Reform der Justiz: Mit dem „indulto“, einer Amnestie für Kleinkriminelle, ist ein erster Schritt zur Entlastung der überfüllten italienischen Gefängnisse und einer dann anstehenden Reform zur Modernisierung und Beschleunigung des Justizsystems getan.

Dennoch sind die Herausforderungen an Italiens Regierung schwer mit denen anderer EU-Mitgliedstaaten zu vergleichen: Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen hat nach einem regelrechten Mafiakrieg in Neapel und politischen Morden in Kalabrien neue Bedeutung erhalten. Die organisierte Kriminalität wird vermehrt nicht nur als isoliertes und regional begrenztes Phänomen, sondern auch als Hindernis der wirtschaftlichen Entwicklung besonders Süditaliens betrachtet: Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit entziehen dem Staat nicht nur dringend benötigte Steuer- und Sozialeinnahmen und verhindern die Konsolidierung des Staatshaushaltes, sondern erschweren auch die individuelle wirtschaftliche Freiheit der italienischen Bürger bis hin zur Unmöglichkeit.

Italien nach fünf Jahren Berlusconi – Eine europapolitische Standortbestimmung

Ein oder das europäische Direktorium – das ist die große Gefahr und Herausforderung für die italienische Europapolitik. Seit dem französisch-britischem Gipfel im Dezember 1998 in Saint-Malo und damit dem Start der erst bilateralen und dann europäischen Zusammenarbeit

in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik existiert in der italienischen europapolitischen Elite das Gespenst eines europäischen Führungsgremiums – des Direktoriums – ohne Einchluss Roms. Geboren aus der funktionalen Zusammenarbeit bei Rüstungsprojekten verlor aus den Augen Italiens betrachtet diese Initiative ihre funktionale Harmlosigkeit, als die beiden ständigen UNO-Sicherheitsratsmitglieder und europäischen Atomkräfte im Juni 2003 ihren Kreis um Deutschland erweiterten. Die italienische Perzeption einer in der Europapolitik historisch und traditionell bestehenden Gleichberechtigung mit Berlin wurde mit der informellen Gründung der heutigen „EU-3“ nicht nur schwer erschüttert, sondern beseitigt.

Italiens indirekter Ausschluss aus der „EU-3“ beruhte in erster Linie auf einer wenig strategischen, opportunistischen und vor allem die EU weit gehend ignorierenden Orientierung der internationalen Politik unter der Regierung Berlusconi. Die Identifizierung Italiens als eines schwachen, unambitionierten und nur bedingt zuverlässigen Partners in den internationalen Beziehungen lässt sich freilich auch mit der bereits in der Vergangenheit bestehenden allgemeinen Wahrnehmung erklären, dass die italienische Politik sowohl thematisch als auch personell nach außen wenig kontinuierlich, berechenbar und damit unfähig für Partnerschaften und Bündnisse erscheint. Diese strukturellen Schwächen sind unter der Regierung Berlusconi verstärkt in Erscheinung getreten.

Die für Rom bestehende Problematik mit der „EU-3“ liegt besonders darin, dass nicht nur die europapolitisch traditionell eng miteinander agierenden Länder Deutschland und Frankreich außenpolitisch in einem Frühstadium für die gesamte EU auf globaler Ebene agieren, sondern dass auch der europapolitische Outsider Großbritannien mit von der Partie ist. Umso unverständlicher mag dies für Roms europapolitische Elite sein, als der informelle Zusammenschluss zur „EU-3“ in der Zeit der schärfsten außenpolitischen Blockbildung in der EU („Irak-Krise“), aber eben auch der blinden Gefolgschaft Roms gegenüber der Bush-Regierung in Washington erfolgte. Entsprechend groß ist die Kritik am damaligen Ministerpräsidenten Berlusconi: „Silvio Berlusconi hat in den europapolitischen Fragen eine vordergründig orthodoxe Linie übernommen, die aber in Wirklichkeit kühl und unengagiert war. Er hat das gemeinsame Großprojekt der Entwicklung eines militärischen Transportflugzeugs⁷ verlassen. Er hat zugelassen, dass die Lega [Nord] die Verabschiedung des Europäischen Haftbefehls seit langem verzögert. Er ist der Versuchung erlegen, die Provokationen eines sozialdemokratischen Abgeordneten⁸ aus Deutschland während einer denkwürdigen Sitzung des Straßburger Parlaments sarkastisch zu beantworten. Er hat es zugelassen, dass seine persönlichen Auseinandersetzungen mit Romano Prodi in der europäischen Öffentlichkeit ausgetragen wurden und damit eine verheerende Wirkung für die italienische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2003 hatten. Er hat kaum etwas den verschiedenen Direktorien entgegengesetzt, die in der letzten Zeit wie Pilze aus dem europäischen Unterholz geschossen sind.“⁹ Im Fazit ist die Bildung der „EU-3“ selbst im Rückblick auf das 20. Jahrhundert ein einmaliger Vorgang und eine Niederlage für Rom: Italien, das bei internationalen Konferenzen, Organisationen und Bündnissen immer

7 Gemeint ist der Airbus A400M.

8 Die Fragen von Martin Schulz nach der Vorstellung des Programms der italienischen Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament am 2. Juli 2003.

9 So der ehemalige italienische Karrierediplomat Sergio Romano in seinem Vorwort zu Achille Albonetti: *L'Italia, la politica estera e l'unità dell'Europa*, Roma 2005, S.X; Romano übt hier keine allgemeine Kritik an Berlusconi, sondern wirft dem ehemaligen Ministerpräsidenten neben europapolitischer Disziplinlosigkeit und unprofessionellem Auftreten explizit das Fehlen einer europapolitischen Strategie zur Wahrung der nationalen Interessen Italiens vor.

einen Deutschland, Frankreich und Großbritannien vergleichbaren Rang hatte, findet sich erstmalig außerhalb dieser Gruppe in Europa wieder. Was aber vielleicht noch schwerer wiegt ist, dass Großbritannien dem Gründungsmitglied Italien in dem Kernpolitikbereich „Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ den Rang ablaufen könnte.

Prodis Kurs

Zu einem ersten heftiger umstrittenen Thema hat sich in der Regierungskoalition die Diskussion um die Auslandseinsätze der Streitkräfte entwickelt: Stellt sich die Stimmungslage in der Frage des Abzugs des italienischen Kontingents aus dem Irak einheitlich dar, weil mit dem Ende des militärischen Engagements auch die einseitig an den USA ausgerichtete internationale Politik symbolisch beendet wird, so sind die Koalitionspartner Rifondazione Comunista und Comunisti Italiani allgemein Gegner militärischer Interventionen und Befürworter einer pazifistischen Außenpolitik. Davon betroffen war auch die parlamentarische Entscheidung über die Weiterfinanzierung der militärischen Auslandsmissionen und insbesondere Italiens Beteiligung an der NATO-Schutztruppe ISAF in Afghanistan. Verbunden mit einer Vertrauensabstimmung im Parlament konnte die Regierung am 28. Juli 2006 Italiens Engagement an der Seite seiner NATO-Partner verlängern und damit die Fortführung des Afghanistan-Einsatzes garantieren.

Auf diplomatischer Ebene brachte die Regierung Prodi mit der Internationalen Libanon-Konferenz, die am 26. Juli 2006 unter dem gemeinsamen Vorsitz von Außenminister Massimo D'Alema und seiner US-Amtskollegin im Außenministerium in Rom stattfand, Italien zurück in die internationale Politik. Knapp zwei Wochen nach Beginn der israelischen Militäroperationen gegen die Hisbollah und den Libanon gelang es damit der italienischen Diplomatie erfolgreich – unter Ausschluss der direkten Kontrahenten Israel und Hisbollah – sowohl signifikante Akteure aus der Region, als auch weltweit zu versammeln und über Auswege aus dem militärischen Konflikt zu beraten. Zwar wurde die gemeinsame Erklärung,¹⁰ die in erster Linie aus Absichtserklärungen besteht, von Israel als Ermunterung zur Fortsetzung des Konflikts interpretiert, aber dennoch darf die Libanon-Konferenz, sowohl in ihren inhaltlichen Ergebnissen, als auch in der geschickten Einbindung der relevanten Akteure, als notwendige Station auf dem Weg zur Beilegung des Konflikts und der Lösung seiner Ursachen betrachtet werden, der in der UN-Sicherheitsratsresolution 1701¹¹ seinen vorläufigen Abschluss gefunden hat. Rom gelang es dabei, nicht nur die Weltöffentlichkeit, sondern auch die Mitglieder des UN-Sicherheitsrats für eine Konfliktbeilegung zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Darüber hinaus übernahm die italienische Diplomatie zwischen der Libanon-Konferenz und der Verabschiedung der Resolution 1701 eine tragende Rolle, um besonders die israelische Regierung von der Notwendigkeit einer politischen Konflikt-

10 International Conference for Lebanon, Rome, July 26, Co-Chairman Statement, auf: http://www.esteri.it/ita/0_1_01.asp?id=1586; zentrale Inhalte: Unterstützung der libanesischen Regierung bei der Kontrolle des Staatsterritoriums, Humanitäre Hilfe, Bekräftigung der Notwendigkeit eines Waffenstillstands, Umsetzung aller relevanten UN-Resolutionen, Entwaffnung aller im Libanon operierenden Milizen, Einrichtung einer internationalen Friedenstruppe unter UN-Mandat zur Unterstützung der libanesischen Streitkräfte, Wiederaufbau des Libanon.

11 United Nations, Security Council, S/RES/1701 (2006), auf: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N06/465/03/PDF/N0646503.pdf?OpenElement>; die zentralen Punkte der Resolution nehmen verbindlich die Elemente der Erklärung der Libanon-Konferenz auf.

beilegung zu überzeugen.¹² Mit diesem Engagement hat sich Italien aber auch gleichzeitig als Führungsland für die geplante Friedenstruppe für den Südlibanon empfohlen. Rom wird einen substantiellen Beitrag zu dem multinationalen Verband leisten, der den Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah/Libanon gewährleisten soll.

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt demonstrierte Ministerpräsident Prodi auf seiner Tour durch die Hauptstädte Europas Einigkeit mit der EU-Kommission und der deutschen Bundesregierung in der Europapolitik. Es ist das Ziel Prodis zusammen mit Deutschland und bald auch Frankreich wieder eine Führungsrolle in der EU zu übernehmen.¹³ Eine Bewährungsprobe könnte die deutsche EU-Ratspräsidentschaft darstellen, nachdem Außenminister D'Alema während seines Antrittsbesuchs bei seinem Kollegen Steinmeier in Berlin der Bundesregierung die Unterstützung Italiens zugesagt hatte.¹⁴

Im Zusammenhang mit der Zukunft der Europäischen Verfassung befürwortete Prodi Ende Mai eine vereinfachte Fassung,¹⁵ die die wesentlichen institutionellen Errungenschaften und die Grundrechtecharta enthalten soll. Angelegt solle in diesem Prozess auch ein europaweites Referendum zu den Europawahlen 2009 sein, das den Bürgern die Gründung einer politischen Union zur Entscheidung vorlegt. Die Staaten, die sich für eine solche Union aussprechen, könnten dann ihre Zusammenarbeit entsprechend dem Konzept der Differenzierten Integration vertiefen und erweitern.

Allein die Wahl Prodis zum neuen Ministerpräsidenten Italiens kann einen Beitrag dazu liefern, dass die Europäische Union aus der gegenwärtigen Stagnation entkommt, indem stabile und konstruktive europapolitische Akteure in den EU-Kernstaaten wieder in eine Überzahlposition gelangen. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass Prodi als ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission ein erfahrener und auch fähiger Europapolitiker ist und gleichzeitig den Zielen der europäischen Integration mit positiv Sympathie gegenübersteht. Darüber hinaus kämpft Italien als EG-Gründungsstaat um seinen Rang als großes und einflussreiches EU-Mitgliedsland. Diese Ausgangslage kann potentiell in dynamischem und engagiertem europapolitischem Handeln der Regierung Prodi resultieren. Rom hat schnell mit seinen jüngsten außenpolitischen Initiativen Präsenz in Europa und der Welt gezeigt und könnte sich in das intergouvernementale Entscheidungszentrum der EU zurückkatapultieren.

Weiterführende Literatur

Achille Albonetti: *L'Italia, la politica estera e l'unità dell'Europa*, Roma 2005.

Enrico Brissa: *Die italienischen Streitkräfte und ihr internationales Engagement*, Frankfurt am Main (u.a.) 2005.

Alexander Grasse: *Modernisierungsfaktor Region – Subnationale Politik und Föderalisierung in Italien*, Wiesbaden 2005.

OSCE, Office for Democratic Institutions and Human Rights: *Italy – Parliamentary Elections 9-10 April 2006*, OSCE/ODIHR Election Assessment Mission Report, Warsaw 9 June 2006, auf: http://www.osce.org/documents/odihr/2006/06/19409_en.pdf

12 Ein aufschlussreiches Dokument zur Lagebeurteilung durch die italienische Regierung und ihrer darauf basierenden Verhandlungstaktik ist die Stellungnahme D'Alemas vor den auswärtigen Ausschüssen von Abgeordnetenhaus und Senat am 2. August 2006, auf: http://www.esteri.it/ita/0_1_01.asp?id=1606

13 „Prodi schmiedet Achse mit Merkel“, *Financial Times Deutschland*, 30.05.2006.

14 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.05.2006.

15 *Bulletin Quotidien Europe* No. 9203, Friday 2 June 2006.